

Skandalbelasteter Arbeitsminister Woerth beflügelt Massenprotest gegen Rentenreform

VON DANNY LEDER, PARIS

Auf dem roten Plakat sind drei Köpfe zu sehen: Liliane Bettencourt, reichste Französin und Mehrheitseignerin des Kosmetikkonzerns „L’Oreal“, Arbeitsminister Eric Woerth und Präsident Nicolas Sarkozy. Über den drei Köpfen steht: „Die behaupten, dass es kein Geld mehr für die Renten gebe“. Darunter steht in Balkenlettern: „Neuverteilung der Reichtümer!“.

Dieses Gewerkschaftsplakat wird heute, Dienstag, bei den landesweiten Massenaufmärschen gegen die Rentenreform tausendfach hochgehalten werden. Bei dem dritten Aktionstag seit Mai werden über zwei Millionen Demonstranten erwartet.

Die Zuversicht der Gewerkschaften speist sich auch aus dem Dreigespann, das auf dem eingangs beschriebenen Plakat zu sehen ist. Denn die endlosen Skandal-Enthüllungen über Arbeitsminister Eric Woerth, der als Träger der Rentenreform auftritt, haben die Glaubwürdigkeit der Staatsführung erschüttert. Laut Umfrage unterstützen 70 Prozent der Franzosen den Gewerkschaftsprotest.

Unter Woerth, ursprünglich Budgetminister und damit Boss des Fiskus, waren reiche Steuerhinterzieher, darunter Bettencourt, von den Behörden mit Nachsicht behandelt worden. Woerth war aber auch Schatzmeister der Partei von Sarkozy und hatte den „Premier Cercle“ (ersten Kreis) geleitet, in dem sich eben diese Milliardäre zu Spendensoireen für Sarkozy versammelten. Obendrein wurde die Frau von Woerth vom Vermögensverwalter von Liliane Bettencourt angestellt, woraufhin der Budget-Minister diesem Verwalter die „Ehrenlegion“, Frankreichs höchste Auszeichnung, verlieh.

Logischerweise erscheint Woerth, der es sich und befreundeten Milliardären auf diese Weise richtet, nicht als idealer Verfechter einer Reform, die der Bevölkerung naturgemäß Opfer abverlangt. Frankreichs Arbeitnehmer hatten zwar bisher mit einem gesetzlichen Rentenantritt bei 60 Jahren (und einem tatsächlichen von 59,3 Jahren) eine der günstigsten Regelungen in der EU. Für eine Vollpension sind allerdings 40,5 Beitragsjahre erforderlich. Und bei der Ersatzrate, also dem Verhältnis der Pension zum Arbeitskommen, gehörte Frankreich mit einem Schnitt von 53 Prozent eher zu den Schlusslichtern (Österreichs Ersatzrate laut OECD: 80 Prozent).

Die Regierung will bis 2018 den Rentenantritt auf 62 Jahre anheben, die automatische Erlangung einer Vollpension von 65 auf 67 Jahre. Moderate Gewerkschaftsführer pochen auf einer „Hacklerregelung“, also auf kollektiven Ausnahmebestimmungen für Schwerarbeiter. Die Regierung möchte aber in Hinkunft nur bei ärztlich bestätigter Invalidität einen früheren Pensionsantritt gestatten.